

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 69 (1977)
Heft: 1

Artikel: Unsichere Konjunktur oder unsichere Politik?
Autor: Schwertfeger, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354831>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Monatsschrift
des Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes

Heft 1
Januar 1977
69. Jahrgang

Zweimonatliche Beilage: «Bildungsarbeit»



Unsichere Konjunktur oder unsichere Politik ?

Richard Schwertfeger

Wieder einmal zeigen die Konjunkturprognosen ein breites Spektrum psychologischer Einflüsse. Vom zurückhaltenden Optimismus eines Grossbankbulletins bis zur «Krisenverheissung» für 1977 des «Blick» reicht in der Tat ein breiter Fächer, der verwirrend wirkt. Die Hintergründe der neuen Krisenangst, die da und dort aus nicht ganz durchsichtigen Gründen geschürt wird, liegen wohl darin, dass sich die schwere Rezession von 1975 als weitaus hartnäckiger als erwartet erweist. Wer nur einen kurzen Konjunkturinbruch im Anschluss an die Erdölkrise 1973/74 in Aussicht stellte, sieht sich allerdings heute getäuscht. Die gesamten Rahmenbedingungen für den Welt-handel haben sich seither grundlegend verändert, was seinen Niederschlag nicht zuletzt in den massiven Verschiebungen der Wechselkurse gefunden hat. Weil der Schweizer Franken im Rahmen dieser Bewegungen mehr als alle anderen Währungen aufgewertet worden ist, haben wir in der «nach-rezessiven» Konjunkturphase von 1976/77 tatsächlich einen Sonderfall Schweiz. Strukturelle Schwächen unserer Wirtschaft treten nun deutlich zutage und rufen nach Abhilfe. Allzu optimistische Erwartungen sind wohl im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die aus dauernden Veränderungen der Rahmenbedingungen entstandenen Strukturänderungen nicht rechtzeitig erkannt und nicht genügend gewichtet wurden. Dieselbe Erscheinung sehen wir auch in einem anderen Bereich der Wirtschaftspolitik – den öffentlichen Finanzen. Da wird, obwohl die anstehenden Strukturprobleme offensichtlich nur mit Hilfe des Staates auf eine sozial akzeptable Weise gemeistert werden können, Sparen um jeden Preis gepredigt – dies bei einem Kapitalmarkt, der förmlich im Geld schwimmt. Da wird zwar die Fahne der sozialen Marktwirtschaft in Worten hochgehalten, gleichzeitig aber alles

unternommen, um dem Staat eine deflationistische Politik nach dem Vorbild der dreissiger Jahre aufzuzwingen, dies in der unverkennbaren Absicht, ihm die Mittel zu entziehen, die er für den sozialen Ausgleich benötigt. Es ist vielleicht weniger die Lage der Wirtschaft als diese Schizophrenie der Politik, die uns im neuen Jahr ernsthaft zu schaffen machen wird. Es stellt sich schlicht und einfach die Frage, wie und auf wessen Kosten der zur Zeit nicht mehr wachsende Wirtschaftskuchen verteilt werden soll.

Von der Weltwirtschaft her besteht kein Grund zu Panik. Die Auseinandersetzung um die Erdölpreiserhöhungen im neuen Jahr hat zur faktischen Spaltung des Kartelles der erdölproduzierenden Länder geführt. Auch die Länder mit schwachen Zahlungsbilanzen werden die Aufschläge von 5 und 10 Prozent – auf der Basis eines sich tendenziell abschwächenden Dollars gerechnet – verkraften können.

Die Konjunkturprognosen aus den USA lauten wieder optimistischer. Die «Bank of America» verheisst für 1977 ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts zwischen 4,5 und 5 Prozent bei einer Teuerung zwischen 5 und 5,5 Prozent und einem schrittweisen Rückgang der Arbeitslosenrate auf 6,6 Prozent. Ähnliche Erwartungen hegt man im grössten Industrieland Westeuropas, der Bundesrepublik Deutschland. Hier schwanken die Wachstumserwartungen zwischen 3,5 und 4,5 Prozent bei einer Inflationsrate von ebenfalls 4,5 Prozent. Nur Frankreich liegt mit einer mutmasslichen Wachstumsrate von 2,8 Prozent und 8,5 Prozent Teuerung noch nahe bei der Stagnation. Selbst Italien erwartet ein höheres reales Wirtschaftswachstum, allerdings bei einer ungebrochenen Teuerung von nochmals 17 Prozent. Nach der Prognose des Kieler Instituts für Welthandel sollte der Warenaustausch zwischen allen Ländern im neuen Jahr real und auf Dollarbasis um volle 8 Prozent zunehmen. In dieser Prognose ist die Erdölteuerung noch nicht berücksichtigt.

Es ist somit ganz eindeutig, dass die Weichen rings um uns nicht mehr auf Stagnation – und erst recht nicht auf Rezession –, sondern wieder auf ein bescheidenes Wachstum gestellt sind. Dazu trägt nicht zuletzt die weitgehende Beruhigung an der Währungsfront bei. Gewiss ist nicht auszuschliessen, dass im neuen Jahr die schwachen Währungen wie Pfund oder Lira weiter an Wert verlieren, aber kaum in jenem Ausmass, das aufgrund der überdurchschnittlichen Inflationsraten Italiens und Grossbritanniens an sich möglich wäre. Neue Konjunkturspritzen der demokratischen Administration in den USA sowie die Erdölteuerung könnten auch eine leichte Abschwächung des US-Dollars begünstigen. Die harten Währungen – vor allem die D-Mark und die in ihrem Schlepptau segelnden «Schlangenvährungen» in der EWG und Skandinavien – bleiben aber stark; sie gewinnen seit einiger Zeit sogar deutlich an Wert

gegenüber dem Schweizer Franken. Damit ist auch eine wesentliche Voraussetzung für eine günstige Entwicklung der Exporte aus unserem Land gegeben.

Die Entwicklung des schweizerischen Aussenhandels widerspricht schon heute jenen Auguren, die einen neuen Konjunktüreinbruch für 1977 verheissen. Im November 1976 lagen die schweizerischen Exporte um nicht weniger als 19,3 Prozent über dem Vergleichsmonat von 1975, während sich damals gegenüber dem Stand von 1974 noch eine Abschwächung um 5 Prozent ergeben hatte. Die gleichzeitige Zunahme der Importe um 30,6 Prozent – verglichen mit einer Abnahme um 23,8 Prozent ein Jahr zuvor – zeigt mit aller Deutlichkeit, dass sich der Aussenhandel nicht mehr in der Rezession befindet. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass die Exportpreise in einem Jahr um 0,7 Prozent gestiegen sind, während die Importpreise um 1,2 Prozent zurückgingen. Es war folglich – auf den gesamten Export, nicht auf das einzelne Produkt bezogen – möglich, nicht nur den Kursanstieg des Schweizer Frankens im laufenden Jahr zu verkraften, sondern sogar die eingetretenen Kostensteigerungen (Anstieg der Konsumentenpreise um 0,9 Prozent) auf die Exportpreise zu überwälzen. Die erwartete Verschlechterung der Ertragslage der gesamten Exportwirtschaft ist somit nach den letzten Zahlen nicht eingetreten; vielmehr haben sich die Erträge je Produkteinheit gegenüber 1975 gesamthaft stabilisiert. Der Export bleibt somit im neuen Jahr die wichtigste Stütze der Beschäftigung in der Schweiz.

Daran dürfte auch die Tatsache nichts ändern, dass die Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft nicht nur bei uns in der Schweiz, sondern auch in den anderen Industrieländern gering bleibt. Solange die vorhandenen Kapazitäten nicht voll ausgelastet sind, werden kaum Erweiterungsinvestitionen getätigt, und die Schwelle, die den Ersatz von Arbeit durch Kapital und damit die Rationalisierungsinvestitionen lohnend macht, ist gesunken. Lieferbereitschaft infolge des Arbeitsfriedens, stabile Preise und hohes technisches Niveau verbessern die Wettbewerbspositionen der Schweizer Anbieter bei nicht mehr wesentlichen Verschiebungen der Wechselkurse. Dies gilt nicht für technisch nicht mehr ganz zeitgemässe Erzeugnisse und für die strukturell bedrängten Uhren, wohl aber auch für den grossen Teil des übrigen Sortiments an exportfähigen Konsumgütern. In der Schuhindustrie und Teilen der Textilindustrie scheint die Wende zum Besseren bereits eingetreten zu sein; auch in der Chemie ist, wie die erneute Zunahme der Beschäftigtenzahlen im dritten Vierteljahr 1976 beweist, der tiefste Punkt eindeutig überwunden.

Der «Sonderfall Schweiz» hat somit überwiegend seine Ursachen in der schweizerischen Binnenwirtschaft. Hier liegen die Gründe dafür, warum unser Land 1977 nicht nur die geringste Inflationsrate

(höchstens 2 Prozent), sondern auch das geringste reale Wirtschaftswachstum aller westlichen Industriestaaten (1,3 Prozent) aufweisen soll. Ohne die günstige Entwicklung im Export läge die schweizerische Volkswirtschaft auch 1977 immer noch in der Rezession, wenn nicht sogar in einer tiefen Krise.

Der Kontrast zwischen der wieder leicht wachsenden Industrieproduktion (Zuwachs rund 2,3 Prozent im abgelaufenen Jahr) und dem Rückgang der Bautätigkeit ist nach wie vor erschreckend. Die Zahl der baubewilligten Wohnungen in den 92 Städten der Schweiz lag Ende Oktober 1976 um 29,9 Prozent, die Zahl der fertiggestellten Wohnungen um 41,8 Prozent tiefer als in den zehn Vergleichsmonaten von 1975. Von Januar bis September ist auch die Zahl der begutachteten Fabrikbauvorlagen um 16,9 Prozent geringer ausgefallen als in den ersten drei Quartalen von 1975. Die Talfahrt der Bauwirtschaft ist noch nicht am Ende. Dies zeigt sich auch daran, dass dem öffentlichen Bau langsam der Schnauf auszugehen droht. Die grossen Tiefbauvorhaben mit Sonderfinanzierung (Nationalstrassenbau!) laufen zwar weiter, aber bei den Hochbauten ist das Pulver schnell verschossen worden. Plötzlich bestehen Überkapazitäten bei Schulhäusern und Spitälern. Hochbauten der öffentlichen Hand, die Steuererhöhungen bewirken, werden oft vom Souverän abgelehnt. Die Projektierungsaufträge gehen weiter zurück. Nur die «Renovationswelle», die durch günstige Bankkredite am Leben erhalten wird, und Umweltschutzbauten vermögen aber die Bautätigkeit nicht auf dem heutigen Stand zu erhalten.

Beim Bau ist es so, dass der Puffer der ausländischen Arbeitskräfte nicht mehr sehr lange spielen wird. Ein weiterer Rückgang wird unweigerlich auch schweizerische Arbeitnehmer betreffen. Je geringer der Ausländerbestand in einem Wirtschaftszweig ist, umso grösser lautet dessen Arbeitslosenquote. Wir sehen dies heute schon deutlich in den grafischen Industrien und in der Uhrenindustrie. In der Bauwirtschaft ist inzwischen eine Möglichkeit der Abwanderung verstopft worden, die 1974/75 noch gespielt hat. Damals hat der öffentliche Dienst seine Unterbestände aufgefüllt, und zwar vielfach mit jüngeren Berufsleuten aus der Bauwirtschaft. Jetzt spielt überall der Personalstopp, der trotz der wachsenden Arbeitslosenzahlen auch in den kaufmännischen Berufen von einzelnen Kantonen (zum Beispiel Zürich) für 1977 noch verschärft worden ist.

Kritisch ist die Beschäftigungslage auch in einzelnen Dienstleistungszweigen, nicht nur in den mit der Bauwirtschaft zusammenhängenden. Durch den ganzen Handel geht eine Rationalisierungswelle, die sich vor allem darin äussert, dass ausscheidendes Personal nicht mehr ersetzt wird. Mangelberufe von gestern werden zu Überflussberufen von heute. Wenn jemand vor drei Jahren behauptet hätte, es würde 1977 stellenlose Lehrer und Arztgehilfinnen geben, wäre er ausgelacht worden. Jetzt sieht die Sache gar nicht so

lustig aus. Seit auch Banken und Versicherungen ihre Personalbestände komplettiert haben, gibt es praktisch nur noch einen Dienstleistungszweig mit zahlreichen offenen Stellen: das Gastgewerbe, und zwar dort nur in den Serviceberufen. Stellenlose Köche haben wir nämlich auch schon.

Der eisige Wind, der gegenwärtig durch Bau- und Dienstleistungsberufe weht, dürfte dafür sorgen, dass wir auch 1977 mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit konfrontiert bleiben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Zahl der Ganzarbeitslosen wieder an die Marke von 20 000 steigt, die man schon längst überwunden glaubte. Mit dem Vollobligatorium der Arbeitslosenversicherung ab 1. April 1977 wird bewirkt werden, dass sich auch alle Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern melden, was bisher gerade bei jugendlichen und älteren, schwerer vermittelbaren Arbeitskräften kaum voll der Fall war. In jenen Exportindustrien, die steigende Auftragsbestände erwarten, dürfte aber die Bereitschaft wieder zunehmen, allfällige kurzfristige Absatzstockungen mit Kurzarbeit zu überstehen und keine weiteren Entlassungen mehr vorzunehmen. Was uns in der Uhrenindustrie noch bevorsteht, ist allerdings weitgehend offen und schwer zu beurteilen.

Am ausgeprägtesten wirkt sich die Verunsicherung aber noch beim privaten Konsum und beim Sparen aus. Allein schon der Rückgang der ausländischen Wohnbevölkerung um 10 Prozent in zwei Jahren verhindert ein spürbares Wachstum der Detailhandelsumsätze. In zwei Monaten des laufenden Jahres hatte man den Eindruck, die Flaute im Detailhandel sei überwunden; nachher traten aber neue Rückschläge ein. Fest steht nur, dass der «Ersatzzyklus» bei Möbeln und Haushaltgeräten wieder in Gang gekommen ist und sich die Autoverkäufe vom Schock von 1974 erholt haben. Bei Textilien, aber auch bei einzelnen Lebens- und Genussmitteln herrscht ein ausgeprägter Käufermarkt. Offensichtlich entsprechen viele Preise, die heute noch regulär am Markt verlangt werden, nicht mehr den – tieferen – Preiserwartungen der Konsumenten. Die «Aktionitis», die im ganzen Handel grassiert, wird dem auf die Dauer nicht abhelfen können. Es genügt offensichtlich nicht mehr, die Preise beizubehalten und nicht mehr erhöhen zu wollen; sie müssen in vielen Teilmärkten gesenkt werden, nicht zuletzt auch in Dienstleistungen wie dem Gastgewerbe. Die Rationalisierungserfolge müssen deshalb an die Konsumenten weitergegeben werden und dürfen nicht im Versuch der Gewinnstabilisierung versickern.

Möglicherweise hat auch die Erwartung sinkender Preise dazu beigetragen, die private Sparneigung hochzuhalten, und zwar über die effektive Nachfrage am Kapitalmarkt hinaus. Noch mehr dürfte allerdings der bei der jetzigen Inflationsrate hohe Realzins auf den Sparguthaben in dieser Richtung gewirkt haben. Die entsprechenden Korrekturen sind nun im neuen Jahr erfolgt und müssen – notfalls

unter Zwang – über sinkende Hypothekarzinsen an die Mieter und Hausbesitzer weitergegeben werden. Die Schweiz hat über den allgemeinen Zinsrückgang nun erstmals seit Beginn der sechziger Jahre die Chance, binnenwirtschaftlich auf eine Inflationsrate Null zu kommen und die aus der Weltwirtschaft einströmenden Teuerungsimpulse so stark ausgleichen zu können, dass eine Teuerungsrate von höchstens 2 Prozent heraussehen sollte. Dass bei einer Teuerung von nach wie vor über 8 Prozent im Durchschnitt der Industrieländer und verschiedenen Preiserhöhungen auf Rohstoffmärkten auch 1977 gesamthaft sinkende Importpreis wie 1976 auftreten könnten, wagen wir nicht mehr zu hoffen. Die Konsumerwartungen des einzelnen Konsumenten scheinen deshalb zum Teil etwas neben den Realitäten zu liegen.

Der Schlüssel zur Zukunft liegt – noch stärker als 1975 und 1976 – im Verhalten des Staates. Bund und Kantone stehen vor der Wahl, sich entweder bereits 1977 – am Beispiel der Uhrenindustrie – zu einer Politik der bewussten Strukturgestaltung überzugehen, oder dann Umverteilungen der Arbeitsplätze und Produktivkräfte in unserem Land hervorzurufen, die sowohl für Föderalismus wie Stabilität und sozialen Frieden äusserst gefährlich werden könnten. Im Juni 1977 wird ein wichtiger Vorentscheid anlässlich der Volksabstimmung über die Bundesfinanzreform fallen. Wenn dafür nicht wenigstens so viele Ja-Stimmen gewonnen werden können, dass ein zweiter Anlauf nach kurzer Frist erfolgverheissend wäre, käme es unweigerlich zur Rückwälzung von Bundesaufgaben auf Kantone, Gemeinden und den einzelnen Bürger – beispielsweise etwa durch Kürzung der Bundes- und Kantonsbeiträge an die AHV. Ein zur Demontage gezwungener Bund kann auch nicht eine aktive Beschäftigungspolitik betreiben. Nachher wird es nichts nützen, die für ein allfälliges Debakel verantwortlichen Demontagepolitiker nochmals mit Namen zu nennen – zahlen wird das ganze Volk. Die Hauptfrage für 1977 ist deshalb weniger eine solche der Konjunktur als der politischen Führung.